

25. Steuerrechtliche Jahresarbeitsstagung Wiesbaden, vom 13. bis 15. Mai 1974

Der 25. Steuerrechtlichen Jahresarbeitsstagung zum Geleit

Ministerialdirektor Dr. Karl Koch, Bundesfinanzministerium, Bonn

Zur 25. Steuerrechtlichen Jahrestagung

Präsident des Bundesfinanzhofs Professor Dr. Hugo v. Wallis, München

Geleitwort zur 25. Steuerrechtlichen Jahresarbeitsstagung

Justizrat Dr. Karl Weber, Präsident der Bundesrechtsanwaltskammer, Koblenz

Grußwort zur 25. Steuerrechtlichen Jahresarbeitsstagung

Rechtsanwalt und Notar Dr. Hermann Neuschäffer, Darmstadt

Anmerkungen zur 25. Steuerrechtlichen Jahresarbeitsstagung

Rechtsanwalt und Notar, Fachanwalt für Steuerrecht Franz Josef Haas, Bochum

Steuerwesen und Rechtswissenschaft

Präsident des Bundesfinanzhofs Professor Dr. Hugo von Wallis, München

- I. Das Steuerrecht als Rechtsdisziplin
 1. Loslösung vom allgemeinen Verwaltungsrecht
 2. Das Steuerrecht als Rechtsgebiet
 3. Die Steuergesetzgebung als Grundlage der Besteuerung
- II. Steuerverwaltung und Rechtsprechung
 1. Steuerverwaltung
 2. Die Rechtsprechung
- III. Gesetzgebung
- IV. Beratung
- V. Ausbildung und Fortbildung
 1. Für den Verwaltungsbeamten
 2. Für die Steuerberatung

Aktuelle Fragen der Steuerpolitik

Ministerialdirektor Dr. Karl Koch Bundesministerium der Finanzen, Bonn

- I. Einleitung
- II. Zum Stand der Steuerreform, insbesondere Strukturreform der Einkommensteuer
- III. Zweites Steueränderungsgesetz 1973
- IV. Novellierung des Entwicklungshilfe-Steuergesetzes

- V. Aktuelle Fragen auf dem Gebiet der Steuerharmonisierung in den Europäischen Gemeinschaften und des internationalen Steuerrechts
- VI. Änderung des Revisionsrechts im Verfahren vor dem Bundesfinanzhof
- VII. Änderung des Steuerberatungsgesetzes
- VIII. Schluss

Grenzen der steuerlichen Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft

Assessor Heinz Krohne, Leiter der Steuerabteilung des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, Köln

Vorbemerkung

- I. Forderungen unter gesellschaftspolitischen Gesichtspunkten
 - 1. Erhöhung des Staatsanteils am Bruttosozialprodukt und Erhöhung der Steuerlastquote
 - 2. Umverteilungsfaktoren
- II. Spezielle steuerliche Belastung
 - 1. Soziale Marktwirtschaft und Leistungsbereitschaft
 - 2. Grenzen der Steuerbelastung
 - 3. Wirkung der Belastungen — Kumulation der Steuern
 - 4. Verteilung der Belastungen auf die verschiedenen Arten der Besteuerung
- III. Geldwertverschlechterungen
- IV. Wirkungen der ertragsunabhängigen Steuern
- V. Vermögensbildungsabgabe
- VI. Zusammenfassung

Noch ungelöste Probleme bei der Einbringung in Kapital- und Personengesellschaften

Regierungsdirektor Dr. Siegfried Widmann, München

- I. Einbringung in Kapitalgesellschaften
 - 1. Pensionsrückstellungen für Pensionszusagen an Mitunternehmer
 - 2. Zuzahlungen und Leistungen neben den Gesellschaftsrechten
 - 3. Änderungen des Ansatzes der Sacheinlage
 - 4. Schicksal einbringungsgeborener Anteile
 - a) Kapitalerhöhungen
 - b) Entnahme aus Betriebsvermögen
 - c) Veräußerung im Zusammenhang mit Antrag auf Realisierung der stillen Reserven
- II. Einbringung in Personengesellschaften
 - 1. Zuzahlungen außerhalb der Bilanz
 - 2. Einbringung und verdeckte Gewinnausschüttung
 - 3. Exkurs: Einbringung einzelner Wirtschaftsgüter

Erfahrungen des Bundesamtes für Finanzen bei Betriebsprüfungen

Ltd. Regierungsdirektor Hellmut Becker Bundesamt für Finanzen, Bonn-Bad Godesberg

- I. Wirkungsmöglichkeiten des Bundesamtes für Finanzen
- II. Erfahrungen im Konzernsteuerrecht
 - 1. Grundstücks- und Beteiligungsgeschäfte bei verbundenen Unternehmen
 - 2. Nachteilsausgleich im Konzern

- III. Fragen zum Begriff des körperlichen Wirtschaftsguts
 - 1. Ortsnetze und Einheitlichkeit
 - 2. Gebäudeeinbauten und Selbständigkeit
 - 3. Straßenleuchten und Geringwertigkeit
- IV. Verfahren der Wertermittlung
 - 1. Wertaufhellung
 - 2. Einzel-, Pauschal- und Sammelwertberichtigungen
 - 3. Teilwert des abnutzbaren Anlagevermögens bei der Einheitsbewertung
- V. Einwirkung der Betriebsprüfung auf die Besteuerung

Das Bilanzrecht in der neueren Rechtsprechung des Bundesfinanzhofs

Richter am Bundesfinanzhof Dr. Georg Döllerer, München

- I. Aktivierung und Passivierung im Spannungsfeld rechtlicher und betriebswirtschaftlicher Betrachtung
 - 1. Passivierung
 - a) Verbot einer Rückstellung für verursachten Aufwand
 - b) Folgerungen in der neueren Rechtsprechung des BFH
 - Rückstellungen für Schadenermittlungskosten und Schadenbearbeitungskosten
 - Bauspartechnischer Passivposten
 - Versicherungstechnische Rückstellungen
 - c) Ausblick
 - 2. Aktivierung
 - a) Handelsrechtliche Aktivierungsverbote
 - b) Wandel in der neueren Rechtsprechung des BFH
 - Umsatzsteuer auf Anzahlungen
 - Provision des Handelsvertreters
 - Disagio
 - c) Ausblick
- II. Kosten der Kapitalbeschaffung bei Kapitalgesellschaften
 - 1. Kosten der Ausgabe neuer Gesellschaftsanteile
 - 2. Kosten der Ausgabe von Wandelschuldverschreibungen Ausgabe
- III. Wandelschuldverschreibungen Die Steuerbilanz der Personenhandelsgesellschaft
 - 1. Steuerrecht contra Handelsrecht
 - 2. Gewinnanteile und Vergütungen
 - a) Die Lehre vom Abzugsrecht
 - b) Die Lehre vom Sonderbetrieb
 - 3. Die Steuerbilanz der Gesellschaft als konsolidierte Bilanz einer wirtschaftlichen Einheit

Diskussion

Leiter der Diskussion:

Rechtsanwalt und Fachanwalt für Steuerrecht DR. RAUPACH, München

Bearbeiter der Diskussionsergebnisse:

Rechtsanwalt und Fachanwalt für Steuerrecht DR. HALLERBACH, Duisburg

Vorschriften des Aktiengesetzes als Grundsätze ordnungsmäßiger Bilanzierung
Steuerbilanz der Personengesellschaft als konsolidierte Bilanz

Maßnahmen zur Erhaltung des privaten und betrieblichen Familienvermögens unter Berücksichtigung der Steuerreform

Rechtsanwalt und Notar, Fachanwalt für Steuerrecht Dr. Jürgen Ebeling, Hannover

A. Einleitung

1. Verwirklichung größerer sozialer Gerechtigkeit durch Vermögensverteilung als erklärtes Ziel der Steuerreformvorhaben
2. Erhöhte Anforderungen an die Anerkennung von Familiengesellschaften aufgrund neuester Rechtsprechung des Bundesfinanzhofs

B. Hauptteil

- I. Beachtung zivilrechtlicher Grundsätze zur Begründung und Erhaltung von Familiengesellschaften sowie zur Abwehr von Ansprüchen von Nicht-Gesellchaftern
 1. Wahl der Unternehmensform unter haftungsrechtlichen Gesichtspunkten
 2. Familienrechtliche und erbrechtliche Anspruchsgrundlagen
 3. Ausgewählte Einzelfragen zum Gesellschaftsvertrag
- II. Darstellung und Auswertung des Zweiten Steuerreformgesetzes
 1. Bewertungsgesetz
 2. Vermögensteuergesetz
 3. Erbschaftsteuergesetz
- III. Familiengesellschaften im Ertragsteuerrecht aus der Sicht der neueren Rechtsprechung des Bundesfinanzhofs
- IV. Referentenentwurf zum Vermögensbeteiligungsgesetz
- V. Steuerklauseln

C. Schlussbemerkung

Diskussion

(Referat EBELING)

Leiter der Diskussion:

Ministerialrat DR. TROLL, BFM Bonn

Teilnehmer der Diskussion:

Rechtsanwalt und Notar, Fachanwalt für Steuerrecht DR. EBELING, Hannover

Rechtsanwalt und Steuerberater DR. KAPP, Hannover

Richter am BFH DR. SCHMIDT, München

Bearbeiter der Diskussionsergebnisse:

Rechtsanwalt und Fachanwalt für Steuerrecht DR. HALLERBACH, Duisburg

1. Wirksamkeit einer Güterstandsklausel im Gesellschaftsvertrag einer OHG
2. Höhe der Risikoprämie bei einer Komplementär-GmbH ohne Kapitaleinlage
3. Zahlung der Geschäftsführergehälter bei einer GmbH & Co. durch die KG
4. Übergang eines Gesellschafterteils beim Ausscheiden eines Gesellschafters auf die anderen Gesellschafter
5. Aussetzung der Besteuerung beim Übergang eines mit einer Rentenverpflichtung oder einer sonstigen Leistung belasteten Vermögens

Dezentralisierte Unternehmensführung

Gründe, Formen und Konsequenzen unter betriebswirtschaftlichen und steuerlichen Aspekten'

Professor Dr. Gerd Rose, Universität zu Köln

- A. Zu den vielfältigen betriebswirtschaftlichen, familienbedingten und steuerlichen Gründen für eine Dezentralisierung der Unternehmensführung

- B. Hauptformen dezentralisierter Unternehmungsführung, Wege zu ihrer Realisierung
 - I. Interne organisatorische Maßnahmen (Stufe I)
 - II. Betriebswirtschaftlich-organisatorische Verselbständigung von Unternehmensteilen ohne rechtliche Verselbständigung (Stufe II)
 - III. Rechtliche Verselbständigung und horizontale oder vertikale Verbundbildung (Stufe III)
- C. Wichtige steuerliche Unterschiede in der Behandlung dezentralisierter Unternehmungsführungssysteme
 - I. Übersicht
 - 1. Problemordnung
 - 2. Schwerpunktfragen
 - II. „Klassische“ Fälle
 - 1. Doppelgesellschaft
 - 2. GmbH & Co. KG
 - III. Parallelgesellschaften
 - 1. Parallel-Personengesellschaften
 - 2. Parallel-Kapitalgesellschaften
 - IV. Unterordnungskonzerne
 - V. GmbH & Co. KG-Konzerne

Zur gesetzlichen Regelung der betrieblichen Altersversorgung Rechtsanwalt und Steuerberater Hans-Georg Lukowsky, Wiesbaden

- I. Stand des Gesetzgebungsverfahrens
- II. Die arbeitsrechtlichen Vorschriften
 - 1. Die Regelung der Unverfallbarkeit
 - 2. Die Anrechnungsbegrenzung
 - 3. Betriebliche Altersversorgung und flexible Altersgrenze
 - 4. Inkrafttreten
- III. Die steuerlichen Vorschriften
 - 1. Pensionszusage und Pensionsrückstellungen
 - 2. Unterstützungskassen
 - 3. Direktversicherung
 - 4. Pensionskasse
- IV. Überblick über die kostenmäßigen Auswirkungen

Die Praktikabilität des Außensteuergesetzes

Ministerialdirigent Professor Dr. Helmut Debatin, Bundesministerium der Finanzen, Bonn

- I. Einleitung
- II. Problem und Zielansprache am Beispiel der erweiterten beschränkten Steuerpflicht
- III. Die Außensteuerreform als neu anzuwendendes Recht
 - 1. Vergünstigungen
 - a) Internationales Schachtelprivileg
 - b) Internationale Schachtelentlastung
 - c) Kompensierende Schachtelentlastung
 - 2. Wertzuwachsbesteuerung bei Entstrickung aus der deutschen Besteuerung
 - 3. Gewinnberichtigung bei international verbundenen Unternehmen

IV. Die Zugriffsbesteuerung

1. Konzeption
 - a) Keine Übergriffbesteuerung auf ausländische Gesellschaften keine Steuerzurechnung
 - b) Vorrang allgemeiner steuerlicher Wertungsregeln
2. Aktiver Erwerb — passiver Erwerb
 - a) Grunddiktio
 - b) Passiver Erwerb als Kehr bild positiv abgegrenzter Aktivitätsbereiche
 - c) Graduierungen des passiven Erwerbs
 - d) Funktionsbezogene Betrachtung, insbesondere am Beispiel der „Nebenerträge“
3. Ermittlung der Zugriffsbesteuerungsgrundlage
 - a) Entsprechende Anwendung deutschen Rechts
 - b) Ableitung aus dem Ergebnis der Auslandsgesellschaft
 - c) Eröffnende Hinzurechnungsbilanz

V. Ausblick

Internationale Steuerauskunft in rechtsstaatlicher Sicht

Ministerialrat a. D. Wolfgang Ritter, Ludwigshafen

Vorbemerkung

- I. Ausgangslage
- II. Rechtsgrundlage
 1. Interesse an internationaler Zusammenarbeit
 2. Steuergeheimnis
 3. Befugnis zur Offenbarung
 - a) Zwingendes öffentliches Interesse
 - b) Auskunft im Kulanzwege
 - c) Zustimmung des Steuerpflichtigen
 4. Völkervertrag
- III. Umfang der Auskunftserteilung
 1. Kleiner Auskunftsverkehr
 2. Großer Auskunftsverkehr
 - a) Steuerhinterziehung
 - b) Durchführung des innerstaatlichen Rechts
- IV. Grenzen der Auskunftserteilung
 1. Internationales Steuergeheimnis
 2. Geschäftsgeheimnis
 3. öffentliche Ordnung (ordre public)
 4. Verwaltungsverfahren und Gegenseitigkeit
 5. Nationales Recht
 6. Ungefragte Auskunft.
 7. Deutsche Auskunftsersuchen
 8. Internationaler Auskunfts-Pool
- V. Rechtsstaatliche Erfordernisse
 1. Grundsätze des Rechtsstaates
 2. Folgerungen aus dem Rechtsstaatsprinzip
 - a) Klare Völkerrechtsgrundlage
 - b) Übermaßverbot
 - c) Vorherige Anhörung
 - d) Rechtsfindungsverfahren
 - e) Klare Verwaltungserlasse

VI. Ergebnis

Erfahrungen des Bundesamtes für Finanzen bei der Prüfung von Auslandsbeziehungen, dargestellt an Hand von Fällen

Oberregierungsrat Heinz Neubauer Bundesamt für Finanzen, Bonn-Bad Godesberg

- I. Rechte des Bundesamtes für Finanzen
- II. Bewertung von Beteiligungen an ausländischen Kapitalgesellschaften
 1. Teilwert
 2. Gemeiner Wert
- III. Verdeckte Kapitaleinlagen und verdeckte Gewinnausschüttungen
 1. Konzernumlagen
 2. Lizenzen
 3. Verlagerung von Produktionen und Handelsgeschäften auf ausländische abhängige Gesellschaften
 4. Vorteilsausgleich
- IV. Betriebsstätten im Ausland
- V. Fragen zur Steueranrechnung nach § 34 c EStG und § 19 a KStG
- VI. Schluss

Diskussion

Kurze Zusammenfassung der Podiumsdiskussion und Aussprache über aktuelle Fragen des Außen- und internationalen Steuerrechts.

Leiter der Diskussion:

Prof. DR. KLAUS VOGEL, Heidelberg

Teilnehmer der Diskussion:

MinDirigent DR. DEBATIN, BFM Bonn

Rechtsanwalt und Fachanwalt für Steuerrecht DR. HEINING, Köln

Regierungsrat NEUBAUER, BfF Bonn

Ministerialrat a. D. RITTER, Ludwigshafen

Präsident des BfF SCHRÖDER, Bonn

Bearbeiter der Diskussionsergebnisse:

Rechtsanwalt und Fachanwalt für Steuerrecht DR. HALLERBACH, Duisburg

1. Verfassungsmäßige Absicherung des Steuergeheimnisses
2. Verhältnis der Vorschrift des § 171 Abs. 3 AO zu Art. 23 Abs. 4 DBA-Schweiz
3. Rechtsgrundlage für die Sichtvermerke ausländischer Behörden bei der Freistellung ausländischer Lizenzgeber vom Steuerabzug
4. Ermittlungen aufgrund eines Auskunftersuchens
5. Auskunftersuchen über Verhältnisse zu Drittländern
6. Praktikabilität des Außensteuergesetzes
7. Vergleich mit fremden Dritten i.S. des § 1 AstG
8. Verlagerung von Produktion und Handel auf ausländische Tochtergesellschaften
9. Ermittlung der Teilwerte von Beteiligten an ausländischen Kapitalgesellschaften
10. Nachweis über Angemessenheit von Konzernumlagen

Aktuelle Fragen des Umsatzsteuerrechts

Richter am Bundesfinanzhof Dr. Eberhard Weiß, München

1. Die Rechtsprechung des BFH zum neuen Umsatzsteuerrecht (Umfang, Schwerpunkte, Tendenzen)
 2. Gemeinschaften zum Zwecke der Gewinnpoolun-, oder des Verlustausgleichs
 3. Berichtigung des Vorsteuerabzugs nach § 222 AO
 4. Billigkeitsmaßnahmen nach § 131 AO beim Vorsteuerabzug sowie Möglichkeiten seiner Schätzung
 5. Neuere Entscheidungen zur Selbstverbrauchsteuer
- 